

Presseinformation

Insolvenzen in Deutschland, 1. Halbjahr 2021

Ansturm auf Verbraucherinsolvenzverfahren

Auch im 1. Halbjahr 2021 wurden die Insolvenzen in Deutschland von Sonderfaktoren beeinflusst: „Bei der Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen wirken weiterhin die staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen nach – insbesondere die Aufhebung der Insolvenzantragspflicht, die bis Ende April galt“, sagt Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform Wirtschaftsforschung. Das Insolvenzgeschehen bei den Unternehmen blieb somit weiter rückläufig. Im 1. Halbjahr 2021 waren 8.800 Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen – ein Rückgang um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum (1. Halbjahr 2020: 8.950).

„Die Änderung des Verbraucherinsolvenzrechts zum Oktober 2020 hat mit der verkürzten Restschuldbefreiung deutliche Erleichterungen für überschuldete Privatpersonen gebracht. Das führte zu einem Dambruch bei den Anträgen“, so Hantzsch weiter. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen schnellte auf 46.000 Fälle deutlich nach oben. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (28.240 Fälle), als zahlungsunfähige

Verbraucher in Erwartung der kommenden Rechtsänderung mit dem Insolvenzantrag warteten, entspricht das einem deutlichen Anstieg um 62,9 Prozent. Zusammen mit den „sonstigen“ Insolvenzen beläuft sich die Gesamtzahl der angemeldeten Insolvenzverfahren im 1. Halbjahr 2021 auf 65.700 (1. Halbjahr 2020: 47.970). Zuletzt wurde vor sieben Jahren ein höherer Wert registriert.

Weniger Großinsolvenzen – Schäden rückläufig

Von der Insolvenz des Arbeitgebers betroffen waren im 1. Halbjahr 2021 insgesamt rund 90.000 Beschäftigte (1. Halbjahr 2020: 125.000). Grund hierfür war, dass in den ersten Monaten des laufenden Jahres weniger Großinsolvenzen zu verzeichnen waren. Die Schäden für die Gläubiger von insolventen Unternehmen beliefen sich auf geschätzt 12,0 Mrd. Euro. Auch hier gab es einen Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum (15,6 Mrd. Euro).

Vorrangig waren im 1. Halbjahr 2021 Insolvenzen von Kleinunternehmen zu verzeichnen. In der Größenklasse bis maximal 250.000 Euro Jahresumsatz stiegen die Fallzahlen gegen den Trend zweistellig. Insgesamt entfiel mehr als die Hälfte aller Firmeninsolvenzen des 1. Halbjahres (54,1 Prozent) auf diese Umsatzgrößenklasse, die sich hauptsächlich aus Einzelunternehmen und Freiberuflern zusammensetzt. Erhöht hat sich das Insolvenzaufkommen bei der Rechtsform der Unternehmergesellschaft (UG). Deren Anteil betrug im 1. Halbjahr 2021 10,8 Prozent. 38,6 Prozent der insolventen Unternehmen sind der Rechtsform der GmbH zuzurechnen.

Handel durch Lockdown geschwächt

Die Wirtschaftsbereiche, die stärker vom Lockdown betroffen waren, Handel und Dienstleistungen, zeigten in den ersten sechs Monaten ein zunehmendes Insolvenzaufkommen. Der Handel verzeichnete 1.920 Insolvenzen – ein Plus von 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Nach der Vielzahl an großen Insolvenzen im Handel im Vorjahr (z. B. GALERIA Karstadt Kaufhof) traf es nun vermehrt kleine und mittlere Firmen. Im Dienstleistungsgewerbe gab es 5.120 Insolvenzen. Auch das war ein leichter Anstieg (plus 0,2 Prozent). Im Verarbeitenden Gewerbe war hingegen ein Rückgang festzustellen (minus 23,6 Prozent; 550 Fälle). Auch im Bausektor verringerte sich das Insolvenzgeschehen nochmals. Mit 1.210 Insolvenzen verzeichnete das Baugewerbe 4,7 Prozent weniger Insolvenzen im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Junge Unternehmen stabiler

Mehr als jedes zweite insolvente Unternehmen in Deutschland war älter als 10 Jahre. Damit setzte sich der Trend fort, wonach für viele Insolvenzkandidaten das Aus nicht als junges, sondern erst als etabliertes Unternehmen kommt. Lediglich bei einem Fünftel der Insolvenzen (19,5 Prozent) liegt die Gründung höchstens vier Jahre zurück. Zum Vergleich: 2012 traf es junge Unternehmen deutlich häufiger – damals lag der Anteil der Altersgruppe „0 bis 4 Jahre“ bei 34,3 Prozent aller Fälle. Hintergrund für diese Entwicklung dürfte das rückläufige Gründungsgeschehen insbesondere bei sogenannten „Notgründungen“ (beispielsweise aus der Arbeitslosigkeit) sein, die als anfälliger gelten.

Ertragslage durch Krise zusätzlich unter Druck

Eine Auswertung der Jahresabschlüsse von rund 26.000 deutschen Unternehmen durch die Creditreform Wirtschaftsforschung zeigt, dass jedes siebte Unternehmen hierzulande (14,5 Prozent) mit einem negativen Ergebnis vor Steuern in die Corona-Krise gegangen ist. Weitere 27,2 Prozent der untersuchten Unternehmen wiesen 2019 eine sehr niedrige Gewinnmarge auf (bis maximal 5 Prozent) – denkbar schlechte Voraussetzungen für einen heftigen Konjunkturerinbruch, wie ihn Deutschland im letzten Jahr verkraften musste. Entsprechend hatten sich die Gewinnmargen im Jahr 2020 tendenziell weiter verschlechtert. Dünn war die Ertragssituation insbesondere im Sektor „Handel und Gastgewerbe“. Das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit ist damit deutlich erhöht.

(4.889 Zeichen)

Neuss, 22. Juni 2021